

Zürich

Mister PWG
Ueli Keller macht
sich für preiswerte
Wohnungen stark.

20



Elia Binelli
Sein Heft «Lyrics»
ist das Sprachrohr
der Sprechänger.

24

Deutsch für Kleinkinder

Der Kantonsrat will Kinder, die ungenügend Deutsch sprechen, vor dem Kindergarten in die Frühförderung schicken. Uneinig ist sich das Parlament, wer das bezahlen soll. Grundsätzlich dagegen ist die SVP.

Daniel Schneebeli

Es ist unbestritten: Die Startchancen von fremdsprachigen Kindern in der Schule sind schlecht. Weil sie schon am Anfang nur ungenügend verstehen, was die Kindergärtnerin oder der Lehrer verlangt, können sie ihr Leistungspotenzial nicht ausschöpfen. Einig war sich gestern das Zürcher Kantonsparlament auch darüber, dass das unerfreulich ist und behoben werden sollte.

Aus diesem Grund hat der Kantonsrat mit 105 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Markus Späth (SP, Feuerthalen) und Daniel Frei (SP, Niederhasli) vorläufig unterstützt. Mit dieser würde eine Pflicht zur Frühförderung ins Gesetz geschrieben – eine Pflicht, die für Kinder gilt, die nicht oder zu wenig gut Deutsch sprechen. Als Vorbild dient ein Modell aus dem Kanton Basel-Stadt, wo Kleinkinder aus fremdsprachigen Familien vor dem Eintritt in den Kindergarten Deutschkurse besuchen müssen. Die Basler haben mit ihrer Frühförderung gute Erfahrungen gemacht.

Folgekosten sparen

Spillmann betonte gestern, die Zürcher Schule schaffe es nur ungenügend, allen Kindern die gleichen Bildungschancen zu geben. Gemäss der Pisa-Studie haben 40 Prozent der Zürcher Jugendlichen sechs Jahre nach der obligatorischen Schule ungenügende Lesekompetenzen. Mit den obligatorischen Deutschkursen, die er für einen Teil der Kinder fordert, könne dieses Manko vermindert werden. Dies sei im Interesse der Kinder und auch der Öffentlichkeit. Das betonte auch Karin Fehr (Grüne, Uster): «Frühförderung zahlt sich aus.» Etwa, weil später in der Schule weniger sonderpädagogische Massnahmen nötig sind und mehr gut ausgebildete Jugendliche auf dem Markt sind.

Grundsätzlich Unterstützung erhält die SP von der FDP. Deren Sprecherin Cäcilia Hänni (Zürich) betonte allerdings, das Modell Basel könne in Zürich nicht eins zu eins übernommen werden. Die Freisinnigen wollen ein möglichst kostenneutrales Förderprogramm. Deshalb haben sie parallel zur SP-Initiative eine Motion eingereicht. Sie verlangt vom Regierungsrat einen Vorschlag für ein eigenständiges Modell. Insbesondere sollen finanzielle Mittel aus den Budgets für die Lektionen «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ) der Schulen in die Frühförderung umgelagert werden. Besonders abgesehen von diesem Vorschlag wurde die AL. Obwohl sie grundsätzlich für Frühförderung ist, lehnte sie sowohl SP-Initiative als auch FDP-Mo-



Frühförderung lohnt sich: Deutschkurs in einer Kinderkrippe für fremdsprachige Kinder in Kloten. Foto: Reto Oeschger

tion ab – aus Angst vor Abstrichen im DaZ-Unterricht. «Beim gegenwärtigen Spardruck kann nur eine vermehrte Frühförderung entstehen», sagte Judith Stofer (AL, Zürich). Ebenfalls gegen die FDP-Motion waren Grüne, GLP, CVP, EVP und EDU. Allerdings begründeten diese Parteien ihr Nein teilweise mit for-

malen Gründen, es habe keinen Sinn, zwei Vorstösse zum gleichen Thema einzureichen. Die EVP befürchtet zudem wie die AL, dass der Schule Mittel entzogen würden. Der EDU-Sprecher Hans Egli (Steinmaur) betonte zudem, in der Frühförderung müssten die Kinder auch mit den Sitten in der Schweiz vertraut

gemacht werden. «Deutsch allein reicht nicht», sagte Egli.

SVP sieht Eltern in der Pflicht

Grundsätzlich gegen staatlich verordnete Frühförderung sprach sich die SVP aus. Das sei Sache der Eltern. «Für so etwas öffnen wir sicher keinen neuen Geldtopf», sagte Rochus Burscher (Dietikon). Er sieht als grösste Profiteure der Vorkurskurse nicht die Kinder, sondern die Förder- und Sozialindustrie der Linken. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) doppelte nach, der Staat dürfe sich nicht noch mehr in die Familien einmischen, für fremdsprachige Kinder gebe es genügend Angebote. Hauser nannte die Aufnahmeklassen und die Möglichkeit, eine Klasse zu repetieren.

Schliesslich lehnte der Rat die FDP-Motion mit 99:69 Stimmen ab. Eine Kommission wird nun die in der SP-Initiative verlangte Gesetzesänderung vorbereiten. Ob der Rat dem Begehren am Ende zustimmt, ist ungewiss. Die GLP hat zum Beispiel Vorbehalte angemeldet – speziell für den Fall, dass Mehrkosten entstehen. Sollte der Kantonsrat in etwa einem Jahr zustimmen, würde die SVP wohl eine Volksabstimmung erzwingen.

Kommentar Seite 2

Basler Modell Mehr als ein Drittel braucht Deutschkurs

Seit 2013 müssen im Kanton Basel-Stadt 3-jährige Kinder, die nicht genügend Deutsch können, Spielgruppen oder eine Tagesschule besuchen. Dort werden sie altersgemäss an mindestens zwei halben Tagen in Standard-sprache oder Dialekt unterrichtet. Ob ein Kind eine solche Frühförderung braucht, wird aufgrund eines Fragebogens ermittelt, den alle Eltern eineinhalb Jahre vor dem Kindergartenbeginn ausfüllen müssen. In den letzten Jahren wurde jeweils gut ein Drittel aller Kleinkinder in ein solches Deutschförderungsprogramm eingeteilt. Es hat sich gezeigt, dass vier von fünf Kindern mit Deutsch als Zweitsprache achtzehn Monate vor Kindergartenbeginn nicht oder nur rudimentär Deutsch können. Der Besuch einer ausserfamiliären Einrichtung mit Deutschförderprogramm ist so obligatorisch

wie die Schulpflicht und wird daher vom Kanton bezahlt. Die Kosten betragen pro Kind rund 3750 Franken. Eine Fachgruppe um Alexander Grob von der psychologischen Fakultät der Universität Basel hat den Erfolg dieses Projektes evaluiert. Das Resultat: Die Sprachleistung der Kinder, die an zwei Halbtagen eine solche Einrichtung besuchten, hat sich nach einem Jahr klar verbessert. Allerdings können sie den Abstand gegenüber Kindern mit Deutsch als Muttersprache bei weitem nicht aufholen – er vergrössert sich sogar, einfach weniger stark als bei fremdsprachigen Kindern, die nicht spezifisch gefördert werden. Laut Fachleuten wäre es sinnvoll, wenn die Kinder sich während zwanzig Stunden pro Woche in einer solchen deutschsprachigen Fördereinrichtung aufhalten – und noch früher eintreten würden. (net)

Gesehen & gehört Gespanntes Warten im Kantonsrat vor der Sparübung am Mittwoch. Von Ruedi Baumann

Lehrer sind am schnellsten - beim Jammern

Morgen lässt Regierungspräsident **Ernst Stocker** (SVP) die Katze aus dem Sack: Er gibt die Details des Sparprogramms bekannt. Ziel: Die Regierung muss in den nächsten vier Jahren 1,8 Milliarden einsparen. Der Abbau scheint vor allem den Lehrpersonen Bauchschmerzen zu bereiten. Während alle anderen Betroffenen abwarten – Pflegefachfrauen, Strassenbauer, Polizisten und sogar die Gewerkschaften – ging die Lehrerschaft bereits im Januar auf die Strasse. Der Verband der rund 700 Schulleiterinnen und Schulleiter hat nun am Sonntag als erster Verband ein Protestcommuniqué verschickt und sich gegen mögliche Änderungen in der Anstellung der Schulleiter gewehrt, da dies zu «Verunsicherungen» und einer «Überlastung des Gesamtsystems Volksschule» führe. Dabei sind die Massnahmen noch streng geheim, die Fraktionspräsidenten des Kantonsrats werden erst heute Abend

informiert. Nachdem offenbar die Bildungsdirektion interveniert und die Schulleiter an die Vertraulichkeit von Gesprächen erinnert hatte, teilten diese mit, die Mitteilung sei «irrtümlicherweise zu früh» verschickt worden.

✱

Die Reaktionen auf das Gejammer der Schulleiter waren verheerend. SP-Präsident **Daniel Frei** sagt: «Dass sich Führungspersonen so ungeschickt benehmen, ist bedenklich.» FDP-Fraktionschef **Thomas Vogel** warf der Lehrerschaft im Januar vor, vor allem in eigener Sache zu lobbyieren. Es sei nicht akzeptabel, «den normalen politischen Prozess auszuhebeln».

Unter das Thema «Fremdschämen» geht die Fraktionserklärung von SVP-Kantonsrat **Hans-Peter Amrein**. Nach den Krawallen beim Spiel FCB - FCZ erklärte Amrein vor versammeltem

Rat: «Ich schäme mich.» Amrein schämte sich im Namen aller Fussballfans und entschuldigte sich «gegenüber den Basler Behörden». Doch er muss sich nur für Basler Hooligans schämen. **Kaspar Meng**, Sicherheitsverantwortlicher des FCZ, sagte unter Berufung auf Polizeiberichte: «Die Zürcher Fans sind friedlich und pünktlich mit dem Zug wieder nach Hause gefahren.» Pikant: Ausgerechnet die beiden Basler sind beim Hooligan-Konkordat nicht dabei.

✱

Am Sechseläuten vom nächsten Montag fällt erstmals seit langem die Kantonsratsitzung aus. «Aus Respekt gegenüber diesem grossartigen Fest», begründet Ratspräsidentin **Theresa Weber** (SVP), selber Ehrengast, «und weil ab 10 Uhr die Aufmerksamkeit abnimmt.» CVP-Fraktionschef und

Wädenswiler Stadtpräsident **Philipp Kutter** kontert: «Das Sechseläuten ist die Feier der Stadtzürcher Zünfte, die uns Landeiern während vieler Jahrhunderte die Kappe gewaschen haben.»

✱

EVP-Kantonsrat **Markus Schaaß** geht mit seiner fünfköpfigen Familie in die Frühjahrsferien – nach Panama. Gebucht hatten die Schaaßs vor einem Jahr. Ihr Ziel: am karibischen Strand «Beziehungen zu Freunden pflegen». Nun wird Schaaß von seinen politischen Freunden böse gehänselt. Doch der Leiter der Heimstätte Rämismühle betont: «Ich habe ein lupenreines Gewissen.» Er müsse weder ein Vermögen verstecken, noch habe er bezahlte VR-Mandate, noch Beteiligungen an Firmen. Wenn man solche Behauptungen einem Politiker überhaupt glauben darf, dann am ehesten dem lammbrauen Schaaß.

Anzeige

POP-UP LAGERVERKAUF

GO INTERIORS GMBH
SEESTRASSE 346
ZÜRICH-WOLLISHOFEN
(ehemals Papeterie Pfeiffer)
MÖBEL & ACCESSOIRES
MO – FR 12:00 BIS 18:30
SA 10:00 BIS 17:00
BIS ENDE MAI 2016

Absage an den Morgenmuffel

Der Schulbeginn wird nicht nach hinten verschoben, um die S-Bahn zu entlasten.

Daniel Schneebeli

Der Kantonsrat zeigte gestern keine Gnade mit Nachtteulen und Morgenmuffeln. Er lehnte ein Postulat der SP mit 107:63 Stimmen ab, das in den Sekundarschulen, in den Berufsschulen und in den Gymnasien einen späteren Schulbeginn gefordert hat. Die Sozialdemokraten wollten einerseits die S-Bahn in den Spitzzeiten entlasten und dazu dem Biorhythmus von halbwüchsigen Schülern besser gerecht werden.

Postulantin Renate Büchi aus Richterswil klagte, um 7.30 Uhr seien in den überfüllten Zügen gefühlte 50 Prozent der Fahrgäste Schüler. Sabine Sieber (SP) begründete das Anliegen mit einer Studie aus einem deutschen Gymnasium. Demnach führe bereits eine Verschiebung des Schulbeginns um 20 Minuten dazu, dass die Schüler weniger schwänzten. Zudem würden die Jugendlichen am Abend nicht später zu Bett gehen: «Jugendliche haben eben kein Gold im Mund, sondern Blei im Hintern», sagte Sieber. Für einen späteren Schulbeginn spreche auch die Aussage eines ihrer bekannten pensionierten Sekundarlehrers. Für ihn war jeweils die erste Schulstunde am Morgen die schönste Stunde, weil die Schüler dort noch schliefen.

Unterstützt wurde die SP unter anderem von der CVP, hauptsächlich wegen des sich verändernden Biorhythmus der Jugendlichen zwischen dem 12. und dem 16. Lebensjahr. «Dieses hormonell bedingte Bedürfnis nach längerem Schlaf können wir mit dem Vorstoss auffangen», sagte Yvonne Bürgin (CVP). Hinter der SP standen auch die Grünliberalen und die EVP. Die Grünen stimmten nur teilweise mit der SP. Robert Brunner betonte, die Verschiebung des Schulbeginns bringe kaum etwas im öffentlichen Verkehr. «Wenn wir für Entlastung sorgen wollen, müssen wir den Schulbeginn vorverlegen. Zwischen 5 und 6 Uhr hats noch Platz in den Zügen.»

Keine neuen «Kuschelkinder»

Nein stimmte die SVP. Anita Borer befürchtete Nutzungskonflikte mit Vereinen, weil die Schulräume am Abend länger belegt wären. Zudem ist Borer vom Sinn des frühen Schulbeginns überzeugt: «Der frühe Vogel fängt den Wurm.» Die EDU will verhindern, dass zwischen Gymnasialisten und Lehrlingen ein «Röschtrigebn» aufgehe. Sie befürchtete eine «Verhättschelnung» der Studenten, wenn diese später anfangen müssen. «Wir wollen keine neuen Kuschelkinder», sagte Michael Welz. Er warf die Frage auf: «Und wie werden wir dem Biorhythmus der Lehrer gerecht?»

Schliesslich zeigte sich Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) überzeugt, dass der Kanton mit dem Bau einer neuen Mittelschule in Uetikon seinen Teil zur Entlastung der S-Bahn beitrage. Immerhin pendeln von der Goldküste täglich 1500 Gymnasialisten nach Zürich.